

1-14
25. Jan. 2016 Tuche
Ø FBLA W.
Ø 1-10 W.

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates der Stadt Bergisch Gladbach am 19.11.2015 - öffentlich -

- 12.2. Antrag der "Demokratischen Liste" vom 05.10.2015 zur Erstellung eines Sachstandsberichtes und Fragebogens zum Thema "Diversity Management" Vorlage: 0430/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)

Frau Dönmez begründet den Antrag.

Frau Schlich verweist auf die Rechtsauffassung der Verwaltung in der Tischvorlage zur letzten Sitzung des Integrationsrates. Nur der Haupt- und Finanzausschusses bzw. der Rat haben Befassungskompetenz für entsprechende Anträge. Ferner stehe es der Stadt bzw. seinem Integrationsrat nicht zu, die Mitarbeiter des Rheinisch-Bergischen Kreises zu befragen, hier gibt es keine Befassungskompetenz. Innerhalb der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach stehen der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte, die Integrationsbeauftragte sowie die Antidiskriminierungsbeauftragte als Ansprechpartner in Diskriminierungsfällen zur Verfügung. Empfehlenswert könne auch ein Gespräch mit dem Fachbereichsleiter Allgemeine Verwaltung sein.

Herr Samirae verweist auf Berichte über Diskriminierungen. Der vorliegende Antrag, den er sehr begrüßt, könne auch im Rahmen einer Studienarbeit behandelt werden. Ein Gespräch mit dem Fachbereichsleiter Herr Wilhelm sei nicht zustande gekommen. Es bestehe aber die Möglichkeit, Herrn Wilhelm in den Integrationsrat einzuladen.

Er schlägt vor, den Antrag wie vorgeschlagen zu beschließen und im Rahmen einer Studienarbeit von Externen bearbeiten zu lassen.

Herr Bartoszewicz lehnt nach den Erfahrungen der letzten Sitzung die Einladung Herrn Wilhelms ab.

Frau Dönmez schließt sich der Auffassung Frau Schlichs an. Die gewünschte Umfrage sei ein erster Schritt zu einer Lösung. Aus dem Ergebnis heraus können weitere Maßnahmen ergriffen werden, z. B. Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die Frage, wie mit Diskriminierungen umzugehen ist. Die Idee einer Studienarbeit würde sie unterstützen. Sie gehe nicht davon aus, dass sich Diskriminierungsopfer einem Fachbereich oder den genannten Ansprechpartnern gegenüber öffnen.

Herr Bartoszewicz weist auf die Fortschreibung des Integrationskonzeptes im nächsten Jahr hin und regt eine Finanzierung über das Integrationskonzept an.

Herr Schütz bittet Frau Dönmez um konkretere Ausführungen der vorgebrachten Diskriminierungen. Er beantragt, den Antrag wie folgt zu formulieren: „Der Integ-

rationsrat regt an, der Rat möge beschließen, dass die Verwaltung beauftragt wird, ...“

Herr Farber hält den Integrationsrat für zuständig. Eine Befragung müsste repräsentativ sein. Sie müsse anonym sein. Es müsse bei den Befragten der Eindruck bestehen, dass die Ergebnisse nicht bekannt werden. Herr Farber schließt sich für seine Liste dem Antrag an.

Zur Frage Herrn Schütz' erklärt Frau Dönmez, es handele sich nicht unbedingt um Diskriminierungen innerhalb des Arbeitsprozesses, sondern z. B. um rassistische Äußerungen auch von Vorgesetzten. Sie schließt sich dem Änderungsantrag Herrn Schütz' an.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig mit elf Stimmen bei drei Enthaltungen)

Der Integrationsrat regt an, der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,

1. einen Sachstandsbericht zu den bisherigen Bemühungen im Hinblick auf das „Diversity Management“ zu erstellen,
2. einen anonymen Fragebogen mit den angegebenen Fragen zu erstellen und den Mitarbeitenden der Stadt- und Kreisverwaltung zur Teilnahme vorzulegen. Die Auswertung ist dem Integrationsrat mitzuteilen.

Sodann diskutiert der Integrationsrat die Frage, warum nicht über eine externe Untersuchung abgestimmt wurde.

Frau Dönmez bittet um eine erneute Abstimmung, gegen die sich Herr Krasniqi und Frau Heidberg-Schwettmann aussprechen. Frau Heidberg-Schwettmann verweist darauf, dass der Beschlussvorschlag von Herrn Schütz vor der Abstimmung vorgetragen wurde und Frau Dönmez sich mit dieser Fassung einverstanden erklärt habe.

Herr Samirae sieht den Fehler beim Vorsitzenden, der die Modifikation in den Beschlussvorschlag hätte aufnehmen müssen.

Herr Farber beantragt Schluss der Debatte.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit fünf Ja- und sieben Nein-Stimmen)

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird abgelehnt

Herr Kunze spricht sich für eine kostenfreie Studienarbeit aus.

Nach Rückfrage mit Herrn Farber erklärt Herr Bartoszewicz, der Integrationsrat möge unter der Fiktion einer externen Vergabe neu abzustimmen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig mit acht Stimmen bei drei Enthaltungen)

Es wird neu abgestimmt.

Sodann fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss: (einstimmig mit neun Stimmen bei zwei Enthaltungen)

Der Integrationsrat regt an, der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,

1. einen Sachstandsbericht zu den bisherigen Bemühungen im Hinblick auf das „Diversity Management“ zu erstellen,
2. eine einen anonymen Fragebogen mit den angegebenen Fragen zu erstellen und den Mitarbeitenden der Stadt- und Kreisverwaltung zur Teilnahme vorzulegen. Die Auswertung ist dem Integrationsrat mitzuteilen. Die Verwaltung solle beauftragt werden, mit Hilfe eines externen Dritten im Rahmen einer kostenfreien Studienarbeit die Umfrage durchzuführen.

Bergisch Gladbach, den 21.01.16

Für die Richtigkeit:



Schriftführung

